Nummer 396

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 50000 Mk. 69. Jahrgang Dienstag, 28. August 1923

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere fachliche Übersichten

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt d. Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingel. Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsrat M. Funk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinbock Schöneberg; Feuilleton Dr. R. Jäger, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: S. Köppen, Bln.-Friedenau; Inseratenteil: H. Rongiewsky, Bln.-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei u. Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigen-Preis: Die 12gespalt. Zeile 400000 M., Reklameteil 1600000 M., Stellungsuchende 160000 M. Bezugs-Preis freibl.: für Monat September 2400000 M. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen werden bei sämtl. Zeitungsspediteuren unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Auslands-Bezug nur unter Streifband zulässig; Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Frankreich 45 frans. Francs, Belgien 45 belg. Francs, Schweiz 20 schweiz. Francs, Holland 10 holl. Gulden, Dänemark 20 dän. Kronen, Schweden 15 schwed. Kronen, Norwegen 20 norw. Kronen, England 20 Schilling, Italien 90 Lire, Rumänien 500 rum. Lei, Spanien 25 span. Pesetas, Finnland 150 finn. Mark, Tschechoslowakei 125 tschech. Kronen, Brasilien 40 Milreis, Argentinien 12 Pesos, Serbien 300 Dinar, f. Ausgust Oesterreich 4500000 M., Ungarn u. Polen 6000000 M

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Die „Große Koalition".

Hinter den Kulissen werden Fragen ist bekanntlich zur Stunde auch die jetzt erfolgte Bildung der großen Koalition im Reiche je nach der Parteistellung der Kommentatoren Zielpunkt entweder heftiger Angriffe oder entsprechend eifriger Verteidigung. Das Problem war ja auch soeben das Hauptthema der Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Stresemann und dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Knilling. Nach unserer Kenntnis der Dinge dürfte Dr. Stresemann davon ausgegangen sein, daß die bayerischen Befürchtungen hinsichtlich der starken Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung insofern nicht aktuell seien, weil die Fragen, an die sich diese Befürchtungen in ersten Linie knüpfen, zurzeit hinter anderen größeren notgedrungen zurücktraten. So sind wir ja z. B. auf kulturellem Gebiet heute leider fast lahmgelegt und was im besonderen das Reichsschulgesetz angeht, hinsichtlich dessen man sich in Bayern anscheinend von dem sozialdemokratischen Innenminister eine besonders schädliche Einflußnahme versieht, so mag daran erinnert werden, daß es in allen bürgerlichen Parteien lebhafte Kritik auslöste, als in den Tagen der letzten Krise dieses Gesetz versuchsweise als Hindernis der notgedrungen auf schnellstem Wege herbeizuführenden Lösung auftauchte. Im übrigen hat jetzt die offiziöse „Bayerische Staatszeitung" das weitgehende, aber begrüßenswerte Wort gesprochen, das bayerische Volk sei erfüllt von dem Sehnen nach dem Manne, der das Vaterland aus der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Not herausführe. „Wer der Mann ist, und welcher Partei er angehört, ist im Grunde gleichgültig". Es scheint, als ob das auch der prinzipielle Standpunkt gewesen ist, von dem aus Herr v. Knilling seine Gegenäußerungen für Dr. Stresemanns Situationsbericht machte, und es verrät wahrhaftig kein taktisches Geschick, wenn der „Vorwärts" sich bemüßigt fühlt, die soeben erwähnte Auslassung des Münchner Regierungsorgans als unaufrichtig bei Seite zu schieben. Auch die B. S. V. D. leidet nämlich unter dem Alpdruck der Großen Koalition, und auch sie ist immer ängstlich auf der Wacht, sich nicht allzu sehr zu „kompromittieren".

Nun sagt man allerdings mit Bezug auf die Deutsche Volkspartei, der es ähnlich geht, daß Dr. Stresemann in Stinnes einen überzeugten Schildhalter habe, aber parteipolitisch gesehen, fällt es natürlich schwerer ins Gewicht, daß draußen im Lande die Deutschnationalen alles daran setzen, um die Zusammenarbeit der D. V. P. mit der S. P. D. auszuschlachten und auf volksparteilichem Gebiet Terrain zu gewinnen. Das geschieht u. a. durch den Hinweis, daß innerhalb der Deutschen Volkspartei selbst Gegner der Regierung Stresemann zu finden seien. Tatsächlich dürfte es, wie gesagt, so sein, daß man auch bei der D. V. P. fürchtet, im Lande später dafür verantwortlich gemacht zu werden, wenn die Entwicklung nicht den gewünschten Verlauf nimmt, und deshalb unterzieht sich der Abg. v. Campe, der übrigens kaum dem linken Flügel seiner Partei zugezählt werden kann, um ein besseres Verständnis für die Notwendigkeit der Großen Koalition, indem er schreibt, diese sei nur scheinbar das Ergebnis der jüngsten zwangsläufigen Konstellation:

„Der Gedanke selbst lag in der Luft — und seit Jahrzehnten. Er ist eine derjenigen Formen — nicht die einzige — in der sich die politische Gesundung des deutschen Volkes, seine Erziehung zu politischer Reife, seine Zusammenschweißung zu einer Volksgemeinschaft vollziehen, in der es lernen soll, sich politisch in allem dem nationalen Gedanken unterzuordnen: Heraus aus dem Parteiinteresse, hin zum Staatsgedanken! Heraus aus dem Klassengedanken, hin zur Volksgemeinschaft! Die Losworte gilt es zu lösen. Deshalb die Große Koalition. Nur deshalb.

Das Wort Platos: „Das Gemeinsame stützt den Staat, das Selbstsüchtige löst ihn auf. Deshalb ist es nützlich, wenn das Gemeinsame dem Einzelnen vorgestellt wird" kennen wir wohl, aber wir handeln nicht danach, oder doch nur selten. Und diese Neigung zum Partikularismus macht sich auch im Parteileben geltend. Der deutsche Parteimann sieht nur schwer über die Parteibrille hinweg. Und tut er's, da verliert er gar leicht Vertrauen und Einfluß. Das liegt uns im Blut so. Mit Recht deutet Wilow auf diese Eigenschaft des Deutschen des ernste Wort Goethes, daß der Deutsche im Einzelnen tüchtig, im Ganzen miserabel sei, eine Auffassung, der Schiller ganz allgemein mit den Worten Ausdruck gibt: Jeder, sieht man ihn einzeln, ist leidlich klug und verständig, sind sie in corpore, gleich wird Euch ein Dummkopf daraus. Wir haben politische Scheuklappen vor den Augen, wenn es gilt, über den kleinen Kreis von Einzelinteressen hinaus auf das Ganze zu sehen. — Bedarf es noch eines Beweises? Jedes Jahr unserer Geschichte ist Beleg dafür.

Der Gedanke, daß Arbeiter- und Unternehmerinteressen letztlich identisch seien, setzt sich Hüben wie drüben nur schwer durch, ist noch nicht Allgemeingut jeden Kopfes. Das müßte auch politisch sich auswirken. Ich müßte kein Land, in dem der politische Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien ein solch feindseliger gewesen ist, wie bei uns."

Vor der Veröffentlichung der belgischen Note.

Die belgische Antwort nach London unterwegs.

TU London, 27. August.

Die belgische Antwortnote ist heute vormittag Sir George Graham, dem englischen Botschafter in Brüssel, überreicht worden und befindet sich auf dem Wege nach London. Ihr Text wird morgen bereits in Brüssel veröffentlicht werden. Die belgische Regierung hat gleichzeitig Abschriften der Note an die englische Botschaft in Paris zur Uebermittlung an Baldwin in Aix-les-Bains und Lord Curzon in Bagnolles geschickt.

Ergänzend hierzu meldet W. T. B.:

London, 27. August.

Die belgische Antwort auf die letzte englische Reparationsnote ist dem britischen Botschafter heute überreicht worden und wird mit einem Sonderkurier nachts in London erwartet. Blättermeldungen zufolge wird mit Sicherheit damit gerechnet, daß die belgische Note Vorschläge enthält, die als Grundlage zur Ueberbrückung der zwischen England und Frankreich bestehenden Kluft dienen können. Wie „Star" meldet, beschäftigt sich der größte Teil der belgischen Note mit der Frage der deutschen Garantien und mit der Fortsetzung der alliierten Konferenzen zur Erzielung einer Lösung.

Eine englische Mahnung an Frankreich.

Die Notwendigkeit einer Lösung des Ruhrkonflikts.

London, 27. August.

„Daily News" schreibt in einem Leitartikel, Poincaré klammere sich an seine angenommene Kontrolle der Industrie im Ruhrgebiet als angeblich einzig wirksames Pfand für die deutschen Zahlungen. Wenn aber, wie berichtet werde, Poincaré und die Leute, von denen er und seine parlamentarische Mehrheit abhängen, immer besorgter über die Richtung würden, in der sich die Dinge entwickelten, so werde er vielleicht ein Angebot Stresemanns erwägenswert finden. Angenommen, Deutschland unterbreite formell sein augenblickliches Angebot dem Völkerbund in Genf gemeinsam mit den übrigen Vorschlägen, als Beweis seiner aufrichtigen Absicht, daß es seine internationalen Verpflichtungen erfüllen und wirksame Garantien geben wolle, wie dies durch die Völkerbundssatzung gefordert werde, so würde dies einen Widerstand Frankreichs, sowohl gegen das Angebot selbst, als auch gegen einen deutschen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund, der sich darauf gründe, außerordentlich schwierig machen. Es wäre sicher der Mühe wert, Stresemann zu bitten, ein Angebot auszuarbeiten, und es sei zu hoffen, daß, wenn Poincaré dies nicht tue, Premierminister Baldwin es tun werde. Was Poincaré in diesem Angebot wahrscheinlich übersehen werde, sei die feste Bedingung, daß Deutschland die Kontrolle seiner industriellen Produktion als ein einziges Ganzes wiedergewinnen muß. Diese neue Erklärung über die Ruhrpolitik durch einen neuen Kanzler müsse sicher die französische Politik von der Zwecklosigkeit ihrer Hoffnung auf eine deutsche Uebergabe im Ruhrgebiet überzeugen. Was die deutschen Reparationen betreffe, so sei es nicht die Bürgerpolitik an der Ruhr, sondern die Befreiung davon allein, die den Weg ebnen könne. „Daily News" fragt: „Wann werden die französischen Realisten dies erkennen." Dies sei keineswegs eine Frage der deutschen Hartnäckigkeit allein. Es sei eine nackte Tatsache, daß die deutsche Regierung, selbst wenn sie wolle, ohne das Ruhrgebiet Zahlungen nicht garantieren könne. Wenn dies in Frankreich verstanden werde, so werde Poincaré weder in London noch in Berlin ein Zögern finden, ihm zu helfen, das Gesicht zu wahren, indem die Tatsache der Zurückziehung aus dem Ruhrgebiet in ein Ruhrabkommen eingewickelt werden würde. Wenn Paris dies genau erkenne, so könne man zu einer Vereinbarung gelangen.

„Daily Chronicle" erklärt, es sei die Pflicht des britischen Kabinetts, rasch, energisch und richtig zu handeln. Das Schicksal Europas liege heute genau so in den Händen der britischen Regierung wie seinerzeit in den Händen der Regierung des Jahres 1914.

*

Im ähnlichen Sinne äußert sich die gesamte schwedische Presse. So schreibt u. a. „Socialdemokraten", die Rede Dr. Stresemanns gebe dem Sehnen der deutschen Regierung, zu einer Einigung in der Schadenersatzfrage zu kommen, so starken Ausdruck, daß man kaum mehr verlangen könne. Nach Frankreichs Ansicht und Poincarés Rede solle die Schadenersatzfrage nicht von der Besetzung des Ruhrgebiets abhängig gemacht werden. Inzwischen genügten gewisse Teile der deutschen Wirtschaft als Pfand für die Reparationsverpflichtungen. Aber um die deutsche Industrie zu einem produktiven Faktor zu machen, der als Pfand für die deutsche Schuld genüge, brauche Deutschland zweifellos das Ruhrgebiet. Seine Befreiung sei also eine Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wert des deutschen Angebots. Deutschland habe ein Recht, ein entgegenkommende Antwort von Frankreich zu erwarten.

Auch die Bayrische Volkspartei für die Koalition!

München, 27. August.

Zu dem Interview der „Münchener Neuesten Nachrichten" wird ergänzend noch folgende wichtige Einzelheit berichtet: Reichskanzler Dr. Stresemann erklärte, es gelte, das Volk zusammenzuschweißen und darum habe auch die gegenwärtige Regierung ausdrücklich alle staatserhaltenden Elemente außerhalb der jetzigen Koalition zur Mitarbeit aufgefordert, dies gelte insbesondere auch für die bayerische Volkspartei, die sich bisher abwartend verhalten, sich aber nunmehr durch ihren Führer zustimmend zu dem Programm der Regierung ausgesprochen habe.

Bezüglich der Notwendigkeit der Produktionssteigerung und der Anpassung der Löhne und Gehälter an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung, die nicht schematisch vor sich gehen dürfe, berief sich Dr. Stresemann auf seine Rede gelegentlich des Industrie- und Handelstages. Die Notverordnung über die Devisenbeschaffung sei ein erster Schritt zur inneren Sanierung. Auf diesem Wege werde man fortschreiten. Ueber die Stellung der Reichsregierung zur Reichsbank sprach sich der Kanzler in dem Sinne aus, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Reiches von der Reichsbank unterstützt und getragen werden müsse. Von der Anerkennung dieser Grundsätze sei auch die Lösung der Personenfrage abhängig, die gegenwärtig in der Presse vielfach erörtert werde.

Die Firma Gebr. Gotthelf hat dem gesamten technischen Personal der größten Kasseler Tageszeitung, dem Kasseler Tageblatt, zum 8. September gekündigt.

Lohnregelung im Kohlenbergbau.

Berlin, 27. August.

Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Kohlenbergbaues traten am 23. August zu Lohnverhandlungen zusammen. Unter Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums kam eine Vereinbarung über die Lohnregelung in sämtlichen Kohlenbergbaubezirken zustande. Die Durchschnittstariflöhne einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes sind in den beiden Lohnwochen vom 13. bis 20. August und vom 20. bis 27. August für den Ruhrbergbau auf 4 163 374 Mark bzw. 6 333 895 Mark, für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau auf 3 327 661 Mark bzw. 5 074 684 Mark und für die Kernreviere des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus auf 3 015 212 Mark bzw. 4 598 198 Mark festgesetzt worden. Durch diese Verständigung sind die Differenzen ausgeglichen, die über die Lohnregelung der Woche vom 13. bis 20. August bestanden haben.

Neue Zechenbesetzung.

Gelsenkirchen, 27. August.

Die Franzosen haben die Schachtanlage Alma der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. und die vier Schachtanlagen Zentrum des Rheinstahlkonzerns besetzt. Auf den besetzten Gruben wurden nicht allein die Kohlen- und Koksvorräte beschlagnahmt, sondern auch in Magazinen lagernde Materialien und Oelbestände usw. Da die Franzosen gleichzeitig an die Wiederherstellung der vor einigen Monaten zerstörten Anschlußgeleise herangingen, ist anzunehmen, daß sie die beschlagnahmten Materialien baldigst abführen wollen. Auch die Koksofenbatterie auf Zeche Zentrum, die in beschränktem Umfang in Betrieb war, wurde besetzt und die Vorbereitungen getroffen, den Betrieb in eigene Regie zu nehmen.

Valutaland Polen.

Von

Julius Fritsche.

Gleiwitz, 25. August 1923.

Das para bellum des polnischen Nachbarn, das uns zunächst bedrohlich, danach amüsant erschien, beginnt uns allmählich — langweilig zu werden. Wir wissen, daß bei Tarnowitz in Polnisch-Oberschlesien, der Jahrhunderte alten deutschen Bergstadt, die zur Zeit Goethes die — damals Feuermaschine genannte — erste Dampfmaschine auf dem alten Kontinent sah, polnische Truppen zusammengezogen sind. Wir wissen, daß bei Sosnowice im früheren Kongreßpolen, hart an der ehemaligen Dreikaiserreichsecke, wo Deutschland, Oesterreich und Rußland zusammenstießen, die furchtbarsten Mittel der modernen Kriegsführung, ganze Geschwader von Tanks, aufgefahren sind. Wir sehen wieder und wieder französische Generalstäbler nach Kattowitz kommen, das nun auch bald ausfließt, wie zehn Jahre vor dem Kriege — nach dem Kollegen Huret vom „Figaro" — das damals russisch-polnische Sosnowice, nämlich wie ein harfüßiger Strolch im Inländer. Aber wir hangen nicht mehr. Diese Mächten einer Politik von reichlich vor-vorgestern langweilen uns nur noch. Es gibt keine Möglichkeit für Polen, zu marschieren, außer der Bolschewismus komme über uns selbst. Der von Polen mehr als von uns gefürchtete und doch, damit Deutschland zusammenbreche, auf uns nicht zu letzt mit polnischer Hilfe heraufbeschworene Bolschewismus, der, wenn er zu uns käme, auch nicht eine Minute später über Polen aufflammen würde. Da wir aber den Bolschewismus nicht zu fürchten haben, so haben wir auch Polen nicht zu fürchten, denn die Lage dieses Landes ist auch nicht um einen Grad stabiler als die unsere, und vor allem, es steht und fällt nicht mit Frankreich, seinem Bundesgenossen, nicht mit der Tschechoslowakei, seinem Rivalen, sondern mit uns, mit Deutschland, das es hasst und doch nimmermehr entbehren kann.

Es ruht wie ein seltsames Geheimnis über unseren Nachbarstaaten Frankreich und Polen, daß sie wohl uns zu schaden, nicht aber sich selbst zu nutzen vermögen, indem sie uns schaden. Man weiß, daß die Handelsbilanz und die Valuta Frankreichs sich nicht gebessert haben, seitdem es den Krieg nach dem Kriege gegen uns führt. Nulla salus bello — es ist kein Heil in dem Krieg. In noch ganz anderem Maße gilt das für Polen. Ehe ihm der Feldspruch von Genf den ostoberschlesischen Industriebezirk einverleibte, war seine Handelsbilanz stark passiv. Einer Ausfuhr von 800 Millionen Goldfranken stand eine Einfuhr von 500 Millionen Goldfranken gegenüber. Der Genfer Spruch schenkte Polen eine Montanindustrie, die seine Ausfuhr genau verdoppelte und Deutschland einer Ausfuhr von 300 Millionen Goldfranken beraubte. So wurde die polnische Handelsbilanz stark aktiv. Aber obgleich der Chinamann Washington Kuh und Genossen Polen in Genf diesen ungeheuren und selbst nach Wortlaut und Sinn der zu Versailles gegebenen Friedensbedingungen unerlaubten Vorteil zugeschoben und Deutschland um die Möglichkeit, Reparationen zu leisten und dadurch den wirklichen Frieden zu gewinnen, in unerhörtestem Maße geschädigt hatten, blieb die erhoffte Besserung der polnischen Verhältnisse ganz und gar aus. Das unrechte Gut gedieh dem Polenstaate nicht. Der von Frankreich ins Land gebrachte Militarismus, die von diesem Siegerstaate an dem „befreiten" Polen betriebene Ausbeutung, fraß mehr als die Zinsen dieser ungeheuren Mitgift auf. Zwar hat der furchtbare Aderlaß, das gewaltsame Ausbrennen des Blutes, das Deutschland durch den Raub Oberschlesiens und der Ruhr erlitt, die deutsche Mark tief unter die polnische hinabgedrückt, aber die Polenmark hat weder durch den Raub Oberschlesiens noch durch die französische Ruhrpolitik gewinnen können. Der Dollar der Vereinigten

Schlußkurs der Mark in New-York

0,000016½

Hiesige Parität ca. 6 Millionen.

Dollar im gestrigen Abendverkehr 6,6 Millionen.

Wilhelm Tell Täglich Marmorhaus
Aafa Althoff-Ambos-Film A.-G., Berlin